

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einchl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Rechtanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 115

Politik und Wirtschaft

Dr. Stresemann, das politische Chamäleon aller deutschen Börsen, Handels-, Industrie- und sonstigen Profitbarone, hat kürzlich in zwei Reden (Lindenscheld und Worzheim) behauptet, daß er die Zeit gekommen sieht, den derzeitigen Reichshaushalt Dr. Wirth aus dem Sattel zu werfen, um sich selbst auf das Wohl der deutschen Außenpolitik zu schwingen und aus dem gegenwärtigen Verzweiflungsgrill der deutschen Volkswirtschaft noch größere „vaterländischen“ Profite für die Kapitalisten aller Nationen und Konfessionen herauszukampfen. Der Griesbacher Meuchelmord und die Mesbacher Schießereien sind typische Begleiterscheinungen dieser politischen Atmosphäre, unter der die deutsche Republik dahinvegetiert und schließlich verblüht, wenn nicht in aller Kürze von unten herauf oder von innen heraus ein Gefundungsprozeß sich Luft schafft, der alle Kräfte wie Handarbeiter vereinigt und in einer geschlossenen Abwehr aller politischen wie wirtschaftlichen Wucher Tendenzen die noch einzige Rettung finden läßt.

„Wirtschaftliche Schicksalsfragen“ sind es nach wie vor, die den Interieur aller politischen Parteien bilden. Ihnen nach innen wie außen auf die Spur zu kommen, sie zu erkennen, heißt den Weg zur Befreiung aus der privatkapitalistischen Umstrickung und Erdrückung zu finden. In Nr. 96 haben wir dieses Thema schon angechnitten und erläutert. Heute gilt es auf diesem Wege tiefer zu gehen. Die wirtschaftliche Lage der letzten Zeit, besonders bezüglich außerpolitischer Vorkommnisse, sind dazu anlangend, die Möglichkeiten eines Umschwungs für Deutschland in absehbarer Zeit zu beschleunigen. In erster Linie gilt dies von den Wirkungen der Kriegslasten Deutschlands aus dem Friedensvertrage nicht nur für unser Land selbst, sondern ebenso sehr für unsere Gläubiger, die sogenannten Siegerstaaten. Je mehr sich nämlich die Auswirkungen der deutschen Erfüllung des Friedensvertrags zu Wohlposten der Wiedergutmachung entwickeln, desto schwerer legen sich diese auf die wirtschaftliche Entwicklung der Siegerstaaten, bringen deren Produktion und Absatzmöglichkeiten in Anordnung und zum Stoclen. Je tiefer die deutsche Mark im Auslande sinkt, desto tiefer sinken die Preise aller deutschen Ausfuhrwaren und werden eine immer größere Gefahr für die ausländische Produktion selbst. Antidumpinggesetze sind nur ein schwacher Notbehelf dagegen, und selbst das französische Säbelfabrikanten wegen deutscher Antipathie gegen französische Luxuswaren entbehrt nicht des Charakters wirtschaftlichen Unbehagens. Die sinkende Kaufkraft der Mark reduziert auch die Kaufkraft des deutschen Volkes auf dem Weltmarkte, zwingt uns zu vermehrter Eigenproduktion und zum zunehmenden Verzicht auf ausländische Produkte, wodurch neben die Schleuderpreise der deutschen Waren im Auslande ein Rückgang der Verkaufsmöglichkeiten ausländischer hochwertiger Waren an Deutschland tritt. Daraus erklärt es sich, daß, während in Deutschland unter dem Druck der ungeheuren Kriegslasten die Arbeitslosigkeit mehr und mehr zurückgeht, sie in England wie in den Vereinigten Staaten ins Ungeheure steigt; eine ganze Reihe anderer fremder Staaten, wie die Schweiz, Holland, Schweden usw., fühlen gleichfalls die Wirkungen der deutschen Reparationen am eignen Fleische.

Viele dem niedrigeren Deutschland von militärischen und privatkapitalistischen Politikern aufgezogene Wiedergutmachung würgt nach und nach wie eine schwarze Hand an der Gurgel der ganzen Weltwirtschaft. Die Valutawanklungen sind aufschreiende siebenthafter Kifflosigkeit und privatkapitalistischer Panik vor dem immer näher rückenden Zusammenbruch aller Elites Hoffnungen. Es gehört zwar nicht viel Stuhlheil dazu, diese Verhältnisse und ihre Wirkungen zu erkennen; die tatsächlichen Zustände in Deutschland selbst lehren es von Tag zu Tag deutlicher. Aber auch im Auslande dämmert es und nicht zuletzt in den sogenannten Siegerstaaten. Dem Rauch und dem Traume von den silbernen Äugeln, die einmal allein das Zünglein an der Waage

aller menschlichen Kultur bilden sollten, folgt die Erkenntnis, daß die silbernen Äugeln allmählich zu Bleigewichten werden, die jeden menschlichen Fortschritt hemmen und außerdem nur neue Kriegsgefahren heraufbeschwören, je größer die Sorge um die rein materiellen Bestände wird. Der englische Staatsmann Churchill hat kürzlich in einer großen Rede in Dundee diese großen Gefahren der deutschen Wiedergutmachung beklagt und sich für eine gründliche Umkehr auf dem bisherigen Wege politischer Machtausübung bekannt. Er bekannte offen, daß die ungeheuren Schulden fast aller Staaten die Mittel und Methoden der Bezahlung bei weitem übersteigen. Die Gläubigerstaaten, an die die Bezahlung zu erfolgen habe, könnten nur in beschränktem Maße ausländische Ware, die infolge der Kriegsschuld zu Schleuderpreisen verkauft werden müßte, aufnehmen. Ferner dürften die Siegerstaaten in einem Jahre nur eine bestimmte Entschädigung erhalten, weil sonst ihr eigenes industrielles System ernstlich in Mitleidenhaft gezogen, ihrer Arbeiterbevölkerung das Brot vom Munde weggenommen werde. Infolge der aus allen Aus- und Einfuhrtarifen sowie Sondergesetzen geschaffenen Währungsverhältnisse sei die Kaufkraft der Schuldernationen vollkommen erschollen. Da die letzteren den Gläubigerstaaten bereits mehr schulden, als sie bezahlen können, sind sie gezwungen, nach den Gläubigerstaaten mehr auszuführen, riesige Mengen auszuführen, was ihre natürliche Leistungsfähigkeit ebenfalls weit übersteigt. Auf der andern Seite wollen aber die Gläubigerstaaten diese Waren nicht annehmen aus Furcht, daß darunter ihre eigenen Industrien leiden. Dadurch wird der gesamte internationaler Handel ungescheuer eingeschränkt und jedem Lande großer Schaden zugefügt. Churchill führte zur Begründung seiner Erkenntnis folgenden Beispiel an: In Deutschland arbeiten die Industrien intensiv. Es wird durch seine Ausfuhr in die Lage versetzt, fast jeden Markt, den es bezieht, zu erobern. In den Vereinigten Staaten dagegen ist die Lage ganz anders. Dort verfügt man über Berge von Gold. Der amerikanische Ausfuhrhandel wird sehr eingeschränkt. In Amerika sind daher auch dreimal soviel Arbeitslose wie in England und ein Steigen der Kurve für die Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten wird für die unmittelbare Zukunft angehängt. Eine Verringerung dieser wirtschaftlichen Gegenläufe erwartet der genannte englische Staatsmann nur davon, daß die Staatsmänner aller Länder sobald wie möglich zusammenkommen, um sich von neuem diesem Problem des internationalen Handels zuzuwenden, damit die Ströme des Angebots und der Nachfrage wieder frei über die Oberfläche der Erde fließen können. England habe versucht, soweit wie möglich, Deutschland eine Möglichkeit zu sichern, seine eigene Wohlfahrt wieder aufzubauen, mit der die Wohlfahrt Frankreichs wie Englands so eng verknüpft sei. England habe sich erboten, zu verzeihen und alle Schulden zu streichen, die ihm europäische Nationen schuldeten; vorausgesetzt, daß England von der geringeren Schuld befreit werde, die es für seine Alliierten bei den Vereinigten Staaten ausgenommen habe. Es würde zum Vortheile der Welt sein, wenn alle internationalen Verpflichtungen, die aus diesem Krieg entstanden sind, von neuem auf praktische Dimensionen herabgesetzt und in eine Kategorie für sich gestellt würden. Unmittelbar notwendig sei aber ein Milderung von internationaler Währung, das von Kriegsverpflichtungen unbeeinträchtigt sein würde und wenigstens zeitweilig und während der Periode der Gesundung den Verkauf von Waren zwischen den Nationen auf einer natürlichen und normalen Grundlage sichern würde. Die Schaffung normaler Währung ist nach Ansicht Churchills wertvoller und dringlicher als die Frage der Abrüstung.

Aus diesen bedeutsamen Darlegungen des englischen Staatsmannes ist ersichtlich, daß alle bisherige Politik die wirtschaftliche Entwicklung in ein Prostratesbett gezwängt hat, aus dem sie nur durch eine vollständige Abkehr von dieser Politik befreit werden kann. Aber noch ein anderes wichtiges Moment ergibt sich aus diesem wirtschaftlichen

Glaubensbekenntnisse Churchills, und zwar aus seiner nebenwärtigen Beurteilung der Abrüstungsfrage. Hinter dieser Bewertung steckt ein politisches Moment von sehr gefährlicher Tragweite. Denn hinter dieser vernünftigen Einsicht Churchills steht die große Gefahr eines neuen welterschütternden Zusammenstoßes zwischen England und den Vereinigten Staaten. Englands bisheriges Übergewicht im Welthandel ist nämlich nicht nur von der direkten Wirkung der deutschen „Wiedergutmachung“ bedroht, sondern noch weit mehr auf allen Märkten der Welt durch die Vereinigten Staaten. Churchill bezeichnete zwar in seiner vorstehend erwähnten Rede die amerikanische Flotte als einen Fehlschlag, aber in Wirklichkeit ist z. B. diese Flotte heute schon doppelt so groß als die deutsche im Jahre 1914 und umfaßt heute zwei Drittel der englischen Flotte. Es nähert sich daher die Zeit, da Amerika die Meere beherrschen wird. Nun lehrt aber die Geschichte, daß England jede Bedrohung seines weltwältlichen Übergewichts durch eine andre Nation als casus belli (Kriegsgrund) betrachtet. Und in der Voraussicht dieser Gefahr sucht England sein Bundesverhältnis mit Japan im schroffen Gegensatz zu den amerikanischen Interessen zu festigen. Dazu kommt aber noch ein anderer Grund, der Englands Politik beeinflußt; das ist die Petroleumfrage. Das Dampfeschiff von heute wird nach übereinstimmendem Urteil aller Fachmänner in weniger als zwei Jahrzehnten durch das Petroleumschiff verdrängt sein. Wie einst das Segelschiff durch das Dampfeschiff, so wird das letztere in Zukunft durch das Petroleumschiff abgelöst werden. Wer daher in Zukunft die Petroleumquellen beherrscht, wird auch die Seeherrschaft besitzen. Die amerikanische Petroleumquellen werden jedoch nach Ansicht aller führenden Geologen in etwa 20 Jahren erschöpft sein. Und englische Gesellschaften haben heute schon 90 Proz. aller außeramerikanischen Petroleumquellen unter ihre Kontrolle gebracht. Die Amerikaner werden infolgedessen immer mehr vom ausländischen Petroleumimport abhängig. Aus diesen Tatsachen ergibt sich ein Herannahen der Kriegsgefahr zwischen Amerika und England; dazu kommt noch der alte japanisch-amerikanische Gegensatz, den wir hier nicht weiter aufrollen wollen. Aber so viel ist sicher, daß der wirtschaftliche Untergrund sowohl Amerikas wie Englands einem vulkanischen Boden gleicht, der über kurz oder lang für beide Weltmächte zu einer furchtbaren Entladung führen wird, wenn es nicht gelingen sollte, die bisherige Nivalitätspolitik durch eine Averbückung dieser wirtschaftlichen Gegenläufe zu ersetzen. Allen Anzeichen nach wird dies aber kaum noch möglich sein. Das Ausmaß des Weltkriegs auf dem Boden der alten Welt wird sich auf die neue Welt übertragen und für die Menschheit nur noch schlimmere Zeiten als die gegenwärtigen bringen, und zwar nur deshalb, weil die Grundbesitzer der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung sich bei diesen Weltmächten noch viel stärker zuspitzen und deren privatkapitalistische Grundbesitzer gegenüber den mitteleuropäischen noch viel gewaltiger und erdrückender sind.

Wer sich der Mühe unterzieht, diesem Zusammenhange zwischen Politik und Wirtschaft geistig näher zu kommen, der wird unschwer erkennen, daß hinter dem Verhalten der englischen wie der amerikanischen Staatsmänner gegenüber den neueren Wirkungen der deutschen Wiedergutmachung ernste Sorgen im eignen Hause stecken. Englische und amerikanische Interessen vertragen sich wie Wasser und Feuer. Und so naheliegend es auch scheint, daß aus diesen drohenden Verwicklungen für Deutschland in absehbarer Zeit eine Entlassung eintreten könnte, so wäre es dennoch verfehlt, darauf bestimmtere Hoffnungen zu setzen. Denn die deutschen innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse werden nicht nur von solchen möglichen Ereignissen beeinflusst, sondern von Seiten der alten reaktionären Gewalten und Klassen in fortwährender Unterminierung der republikanischen Verfassung auf die Möglichkeit eines neuen Weltkriegs zwischen England, Amerika und Japan eingestellt. Diese Herrschaften spekulieren auf diesen Zusammenstoß der großen Weltmächte im Westen und hoffen, dadurch den alten deutschen Klassen

Naal wieder aufzulesen zu können. Der Horizont dieser schwarz-weiß-roten Herren, heißen sie nun Dr. Stresemann, Fischer oder Ludendorff, ist viel zu eng, als daß sie zu erkennen vermöchten, daß der im Anzuge befindliche kriegerische Zusammenprall zwischen den heutigen Vormächten der alten und neuen Welt nur noch einen größeren Trümmerhaufen zeitigen wird als der hinter uns liegende Weltkrieg, und daß die daraus resultierenden Staatsumwälzungen noch viel tiefer greifen werden als im alten Europa. Sie spekulieren damit, daß im Fall eines solchen neuen Weltkriegs für Deutschland die Zeit gekommen wäre, seine Friedensvertragspflichten abzuschließen und ihre alte Herrschaft wieder aufzurichten. In Wirklichkeit wird aber auch dann die Entwicklung sich in ganz anderer Richtung bewegen. Deutschlands Rohstoffquellen werden verstopft sein, die Zufuhr ausländischer Nahrungsmittel wird durch englische und amerikanische Kriegsstoffen verhindert oder auf jenes Maß beschränkt werden, das uns durch die Verpflichtung zur Produktion von Kriegsmaterial für die in den neuen Weltkrieg verdrängten Mächte auferlegt werden kann. Mäcker und Ausbeutung der deutschen Volksträfte werden eine noch weit schlimmere Ausdehnung nehmen als heute. Die ganze „alte Welt“ wird in Schlarveerwerbshäufnisse unerschütterlicher Art gezwängt werden. Ein Festhalten an dieser Politik richtet letzten Endes die gesamte Wirtschaftsordnung der sogenannten zivilisierten Staaten zugrunde und damit diese selbst.

Dieser allmähliche, gänzliche Zusammenbruch privatrechtlicher Wirtschaftspolitik wäre zwar ein wohlbedienter und vom menschlichen Standpunkt aus begrüßenswert, wenn darunter wenigstens nur jene zu leiden hätten, die sich bisher als deren Träger und Nutznießer betätigt haben. Die große Masse der Völker hat aber davon bis jetzt nur wenig Nutzen gehabt, sondern weit mehr Not und Elend. Die Ströme von Blut, die der letzte Weltkrieg geholt hat, belosten das moralische Konto der privatrechtlichen Wirtschaftsordnung. Die bürgerliche Wirtschaftsweise, wonach der Erwerbssrieb die einzige Triebkraft wirtschaftlicher Tätigkeit ist, hat uns in das gegenwärtige Elend geführt. Ein neuer Weg, ein neuer Geist muß aus diesem Elende herausführen. Und dieser Geist braucht und soll nicht von außen kommen; er liegt in den Lehren des Weltkriegs für alle denkenden Menschen. Wir brauchen daher auch nicht erst noch die Lehren eines weiteren Weltkriegs abzumauern. Die Spekulation der deutschen Nationalisten auf die sich mehr und mehr zehrenden Differenzpunkte zwischen den Siegerstaaten wird eine ebenso falsche Rechnung sein wie feinerseit der verbängnisvolle U-Bootrummel.

Politik und Wirtschaft sind daher sehr widerbaare Begriffe. Die erstere, ein künstlicher, nicht naturgemäßer Aufbau der Lehren, verbedet die wirklichen Zusammenhänge und Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft. Die zweite, die sich durch ganz gewaltige Nachschläge für alle Turmpolitiker und immer größere Gefahrenquellen für die gesamte Volkswirtschaft, wenn die Politiker ihren wirtschaftlichen Untergrund vergessen und glauben, damit Schindluder treiben zu können. In dieser Hinsicht hat wohl kein Volk größere und höhere Kulturaufgaben zu erfüllen als das deutsche und insbesondere die deutsche Arbeiterchaft. Der wahnwitzige Tanz um das goldene Kalb der ausländischen Kapitalisten ist ein Zeugnis kindlicher Gelftesarmut und sozialer Gewissenlosigkeit, die heute schon ihre Rache in den Erdbeben und Verwüstungen des Welthandels zu erleben beginnt. Die von uns angeordneten Vorbereitungen neuer Kriegesgefahren zwischen den Vereinigten Staaten, England, Japan usw. sind nur Zuschnitte aus dem drohenden politischen Bebehalt. Je mehr die Siegerstaaten die deutsche Kaufkraft durch die Ratten des Friedensvertrags und die Valutaerpressung schwächen, desto mehr schneiden sie sich ins eigene Fleisch. Die Wirkungen dieser Politik werden für alle Siegerstaaten, die aus deutscher Not und deutscher Arbeit ein mühseliges Schlemmerleben aufbauen wollen, über kurz oder lang ein furchtbares Erwachen ihrer eigenen Arbeiterchaft erleben. Ob aber dieses Erwachen sich in so friedlichen Bahnen halten wird wie die deutsche Revolution, ist eine andre Frage. Die Geschichte der Siegerstaaten enthält in dieser Richtung weit blutigeres Follantent. Wir haben keine Ursache, ob in diese glimmenden Funken zu gießen. Der Versailler Friedensvertrag mit samt dem wucherischen Währungsproblem wird sozusagen automatisch in ablehbarer Zeit Flammen der Empörung und der Revolution aller wirtschaftlichen Grundlagen diesseits wie jenseits der Weltmeere zum Auslöser bringen, wenn des englischen Kolonialministers Ruf an die Staatsmänner der Siegerstaaten eine Stimme in der Wüste bleiben sollte.

Was die deutsche Volkswirtschaft und mit ihr die deutsche Arbeiterchaft anbetrifft, so kann sie daran nach außen hin wenig ändern. Keine Internationale von heute wird imstande sein, diesen Gang der Dinge außerhalb der deutschen Grenzen aufzuhalten. Weder in den Vereinigten Staaten, noch in England und noch weniger in Frankreich kann die Arbeiterchaft dieser Länder das

Imbell aufhalten, das durch die privatrechtliche oder imperialistische Politik mit Riesenschritten dem Abgrunde zuführt. Die Lebenswege der deutschen Arbeiterchaft sind unsern Arbeitsbrüdern in den westlichen Staaten bisher noch erspart geblieben. Not und Elend, Unterdrückung und Arroganz des Unternehmertums hat sie noch nicht zu solchen Schicksalsgemeinschaften zusammengehört wie die deutschen Arbeiter in ihren Gewerkschaften. Und darin liegt die dialektische Kraft der deutschen Volkswirtschaft, die es dem deutschen Volk ermöglicht, sich zu neuem Leben, zu neuer Blüte zu erheben; aber auf ganz anderer und menschenwürdiger Grundlage als bisher. Die ungeheuren Kriegs- und Friedensvertragslasten, die auf unser Volkswirtschaft lasten, wirken wie ein zweischneidiges Schwert. Die eine Seite wirkt zerstörend auf den Weltmarkt ein und die andre trifft die deutsche Produktionskraft und stellt sie vor riesige Aufgaben, die auf der bisherigen Basis des freien Spiels der Kräfte auf die Dauer nicht mehr erfüllt werden können. Noch wehren sich die bisherigen Besitzer (sowohl die Zinsinhaber wie die tatsächlichen Besitzer) der deutschen Produktionsmittel gegen eine gründliche Umformung der Produktions- und Güterverteilung. Aber die von dem Volksgangenen zu leistenden Opfer zur Erfüllung der Friedensbedingungen konzentrieren sich auf dem Wege der Steuererhebung, der Lohn- und Preisregulierung und nicht zuletzt unter dem Druck der internationalen Marktwertung zu einem immer läßlicheren Zwang einer gründlichen Umgestaltung der bisherigen Wirtschaftsform. Die aus dem Friedensvertrage sich ergebenden Sachleistungen bedingen wohl oder übel eine zukünftige Umgruppierung und Zusammenfassung aller Produktionszweige, die ohne größeres Mitbestimmungsrecht der Arbeiterchaft und ihrer Organisationen im Produktionsprozeß, bei der Preis- und Lohnregulierung für die deutsche Volkswirtschaft nicht durchführbar sein wird. Der Wiederaufbauminister Dr. Rathenau hat bei der vor einigen Tagen in München abgehaltenen Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie diesbezügliche Richtlinien aufgestellt, die unverkennbar auf den Weg einer gemeinschaftlichen Planwirtschaft für die wichtigsten Produktionszweige führen. Und die Vertreter der Industrien haben unter Vorbehalt der Ausgestaltung sozialpolitischer Einzelheiten ihre Mitarbeit zugesagt. Woraus zwar zu entnehmen ist, daß diese Herren der Profit immer noch höher steht als das allgemeine Volkswohl; aber dieser Standpunkt wird sicher noch eine entsprechende Korrektur erfahren. Denn zur Durchführung der betreffenden Sachleistungen gehören nicht nur Unternehmer, sondern auch Arbeiterköpfe und -hände. Außerdem greifen die von der Reichsregierung ausgearbeiteten neuen Steuererlasse so tief in das Wirtschaftsleben hinein, daß sie eine außerordentlich hohe Belastung der Produktionskosten bzw. -preise bedeuten. Sie stellen eine indirekte Besteuerung des Staates an allen volkswirtschaftlichen Quellen dar, die wohl oder übel nur durch eine erhöhte Steigerung der Produktion und Leistungsfähigkeit aller deutschen Industrie- und Gewerbebezweige lundiert werden kann. Dies wird aber weder durch Erhöhung der täglichen Arbeitszeit für den einzelnen Arbeiter, noch durch Wiederholung der Öhne erzielt werden, sondern durch Wiederbelebung der Arbeitsfreude sowohl bei den Hand- wie Kopfarbeitern. In dieser Hinsicht wird sich der gesamte Komplex aller politischen Fragen in kurzer Zeit zu einer völligen Umgestaltung des freien Spiels der Kräfte auf wirtschaftlichem Gebiete verdichten und damit die Wirtschaft wieder zum Träger aller menschlichen Kultur machen, bei der gerade die deutschen Gewerkschaften ausschlaggebender als je zuvor sein werden. Parteipolitische Gesank wird und muß demgegenüber mehr in den Hintergrund treten. Denn Deutschlands wie der gesamten Menschheit Zukunft kann und wird nur besser werden auf dem Boden freudiger und freiwilliger Hingabe aller arbeitsfähigen Kräfte. Die Politik dagegen schafft nur Herren und Knechte, Klassen- gegenüberstände und Völkerverbeugung, aber weder ideale noch reale Werte.

Weitere Stellungnahmen zu dem neuen Lohnabkommen

Der Ortsverein Magdeburg bezeichne in einer Entschlieung das erzielte Ergebnis als in keiner Weise den gerechten Erwartungen der Gehilfen entsprechend, es bringe keinen auch nur annähernden Ausgleich gegen die unheimlich gestiegenen Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel. Die Versammelten erklärten jedoch, daß sie sich mit den getroffenen Abmachungen abfinden in der Erwartung, daß bei weiterem Anziehen der Preise sofort neue Verhandlungen angeknüpft werden. — Von einer Bezirksvorsteherkonferenz des Gaus Saxeien wurde die Annahme des Einigungsvorschlages mit sechs gegen drei Stimmen gutgeheißen. — Ort und Bezirk Breslau erklärten, daß der Einigungsvorschlag in keiner Weise befriedige. Die Not der Gehilfenchaft erfordere eine wesentlich höhere Zulage. Vom Verbandsvorstande wird erwartet, daß er erneut Verhandlungen nachsucht, um die volle Zulage vom 1. Oktober ab zur Einführung zu

bringen. — In Wiesbaden wurde das Ergebnis als absolut unzureichend abgelehnt und verlangt, daß alle Lohnabkommen der Urabstimmung zu unterwerfen sind. — Die vollständig verarmte Gehilfenchaft von Selmsfeld und Schöningen nahm den Einigungsvorschlag einstimmig an, da auch durch einen Streik eine bessere Lohn-erhöhung nicht zu erreichen sei. Messenungeachtet bestand Abereinstimmung darüber, daß mit der erzielten Lohn-erhöhung der Gehilfenchaft keinesfalls ein menschenwürdiges Dasein garantiert sei. — Die vollständige Kollegenchaft von Jels und Hirschfeld nahm mit Ent- rüstung Kenntnis von dem traurigen Resultat der Einigungs- verhandlungen, sprach den Gehilfenvertretern ihr Mißtrauen aus und verlangte vom Verbandsvorstande sofor- tige Einleitung neuer Verhandlungen auf der Grund- lage der erstmalig gestellten Forderungen. — In Glaucha wurde mit tiefer Enttäuschung Kenntnis genommen von dem neuen, ganz unzulänglichen Lohnabkommen, das über die Köpfe der Gehilfenchaft hinweg abgeschlossen wurde. Die Forderung von 120 Mk. wurde von der Mitglied- schaft aufrechterhalten und als weitere Forderung der Ab- schluss eines Sonderabkommens für das Industriegebiet Ergeblige-Vogland aufgestellt, und zwar mit Unterstützung aus zentralen Mitteln. — Aus Halberstadt, Nord- hauen, Böhlen und Freiburg i. B. vorliegende Be- richte lassen eine präzise Stellungnahme zu dem neuen Lohnabkommen vermissen. Es geht daraus lebhaft her- vor, daß starke Kritik am Verhalten der Prinzipalität sowohl wie der Gehilfenvertretung geübt wurde. Die letztere hätte es auf eine Machprobe ankommen lassen sollen. — Die Mitgliedchaft Waldenburg i. Schl. sprach den Gehilfenvertretern für ihr kurzes und energisches Handeln während den eigentlichen Tarifverhandlungen An- erkennung aus, verurteilte aber die Zustimmung zu dem Abkommen, das weit hinter dem Vorhange Schließes zurücksteht. (?) Vor allem hätte eine Urabstimmung statt- finden müssen. — In einer Bezirksvorsteherkonferenz des Gaus Dresden wurde erklärt, das Gebotene anzu- nehmen, wenigstens es sich mit dem eigentlichen Benötigten noch nicht deckt. — Die Mitgliedchaft Dresden nahm in einer sehr stark beschlagen Versammlung nach lebhafter Debatte einen Vorschlag an, der dahin geht, das Erge- nis anzunehmen, obwohl es als ungenügend zu bezeichnen sei, und zwar in der Erwartung, daß bald neue Verhand- lungen beantragt werden. — Eine recht zahlreich besuchte Versammlung in Naumburg a. d. S. erklärte sich nach sehr ausgiebiger Aussprache mit dem Resultat der Einigungs- verhandlungen nicht einverstanden. Zum mindesten hätte das Erzielte einer Urabstimmung unterbreitet werden müssen. Es wird die sofortige allgemeine Zahlung der für den 15. November bestimmten Rate von 25 Mk. erwartet und die Verbandsleitung beauftragt, darauf ab- zielende Verhandlungen mit den Tariforganen einzulei- ten. — Eine Bezirksvorsteherkonferenz des Gaus Mittelrhein, bei deren Stattfinden am 25. September erst das Resultat für die Lohnklasse C vorlag, erklärte in ihrer Entschlieung: Sollte das zu erwartende Resultat für die noch nicht erledigten Lohnklassen A und B, Neu- ausgemernte usw. dem für die Lohnklasse C Vereinbarten entsprechen, so werden sich die Funktionäre, trotzdem auch durch die neuen Lohnsätze die Lebenslage der Gehilfen- schaft den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht angepaßt wird, für die Annahme des Abkommens einsetzen, vor- ausgesetzt, daß die Sonderzulagen für das besetzte und Industriegebiet den Steuerungsverhältnissen entsprechend festgelegt werden. — In gleicher Richtung bewegte sich die Stellungnahme der Mitgliedchaft Mainz.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Bremen. (Maschinenfieber.) Nach längerer Sommer- pause, während welcher in einigen Versammlungen in der Hauptkirche nur die geschäftlichen Angelegenheiten erörtert und technische Neuerungen besprochen wurden, haben jetzt wieder die regelmäßigen Monatsversammlungen begonnen. Am 21. August hielt Herr Diplomingenieur Amster von der „Asbern“ (Augsburg) im Hörsaal des Städtischen Museums einen Lichtbildvortrag über die elektrische Be- zeichnung der Segmaschine. In klarer, allgemeinverständ- licher Weise führte dieser Herr die Folgen durch den Werdegang der Elektrizität bis zur heutigen elektrischen Winkler-Bezeichnung an der Segmaschine. Eine farbige Reihe von Lichtbildern ermöglichte es, sich mit den Einzel- heiten dieser Erfindung, soweit es durch Anschauung mög- lich war, vertraut zu machen. Auch eine große Anzahl Betriebe, in denen die Winkler-Bezeichnung bereits ein- geführt ist, wurde im Bild gezeigt. Der Vortrag ließ die Überzeugung zurück, daß die elektrische Bezeichnung der Segmaschine von unschätzbbarer hygienischer Bedeutung sein wird. In den Vortrag schloß sich eine Versammlung internen Charakters an. Herrn Amster sowie der „As- bern“ sei auch an dieser Stelle für ihr Entgegenkommen bestens gedankt. — Am 11. September wurde zunächst der neuaufgestellte Prediger im „Vollshaus“ beistehend. Im Anschlusse daran fand eine gemeinschaftliche Ver- sammlung der Korrespondenten und Maschinenfieber statt, in welcher Kollege v. Känel (Korrespondent) „Die häufigsten orthographischen Verhältnisse“ besprach. Es wäre zu erwarten gewesen, daß alle Kollegen bei der Sparten diese Gelegenheit zu einer gemeinsamen Aussprache in ausgiebiger Weise wahrgenommen hätten. Das Urache hierzu vorlag und noch vorliegt, zeigt ein Blick in die Zeitungen. Aber leider mußten diejenigen, die das er- wartet hatten, eine arge Enttäuschung erleben. Das be- zeugte Interesse für diese erste gemeinschaftliche Versamm- lung kann wirklich nicht zu weiteren Schritten in der

Richtung zu einer Arbeitsgemeinschaft ermuntern. Der Vortrag und die sich anschließende Aussprache zeigten, daß noch sehr viel Unklarheit auf dem Gebiete der Rechtschreibung besteht, und daß seitens der Maschinenfabriker in bezug auf Forderungen noch sehr viel gefündigt wird. Hier Ordnung und Einseitigkeit hineinzubringen, ist gemeinsame Aufgabe der Korrektoren und Maschinenfabriker. — Nächste Versammlung der Maschinenfabriker am 16. Oktober.

Leipzig. (Korrektorenversammlung am 19. September.) Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Moritz Müller, der bis zu seiner Krankheit ein eifriger Versammlungsbesucher war und regen Anteil am Vereinsleben nahm, sowie des verstorbenen Kollegen Otto Reinecke. Der Vorsitzende hob besonders die Verdienste des letzteren um die Vereinfachung der Rechtschreibung hervor, wie wir sie heute im „Duden“ haben, an dem er ein ständiger Mitarbeiter war. Auch hat Kollege Reinecke den Korrektoren als treuer Ratgeber in Rechtschreibangelegenheiten immer hilfreich zur Seite gestanden. Die Versammlung ehrte das Andenken der Dahingegangenen durch Erheben von den Mägen. Nachdem einige geschäftliche Angelegenheiten im Punkt 1 erledigt waren, erstellte der Vorsitzende Kollegen Mauff das Wort zu seinem Vortrage: „Das Durchsehen und Überarbeiten der Manuskripte vor Sabbeginn“. Der Vortragende entlegte sich seiner Aufgabe in albekannter ausführlicher und verständlicher Weise und wählte das Thema besonders interessant zu gestalten durch Auslegen von Schemata und andern in seiner langen Praxis gesammelten Materials. Reicher Beifall ward dem Vortragenden am Schluß seiner Ausführungen zuteil. Allgemein wurde bedauert, daß dieser Vortrag nicht auch vor den Prinzipalen gehalten werden konnte, die daraus viel Nutzen hätten ziehen können. Mit der Erledigung einiger innerer Angelegenheiten und der Bekanntgabe, daß am 6. November 1921 eine Besichtigung des Fernsprech- sowie des Telegraphenamts stattfindet, erreichte die gutbesuchte Versammlung ihr Ende. Zur Aufnahme hatten sich acht Kollegen gemeldet, ausgetreten sind drei Kollegen.

Normalabtrag im Auge. Es ist uns wohl bekannt, daß in noch beträchtlichem Maße der Sonnabend als Zabtag beliebt, und daß auch noch andre Tage dafür in Frage kommen. Im Interesse der Vereinfachung, die ja seit langen Jahren durch viele Anträge von Gehilfen in der Richtung auf den Freitag geht, nehmen wir aber immer den Freitag als eine Selbstverständlichkeit an. Der 1. Oktober ist auf den Sonnabend gefallen; dieser Tag war unter allen Umständen nach den neuen Sägen zu bejahen, bei Freilagsauszahlung geschieht das am Freitag dieser Woche. Wo der Sonnabend noch als Zabtag gilt, ist der 1. Oktober in die letzte Septemberbuchrechnung mit dem erhöhten Satz einzustellen gewesen, was ja wohl überall geschehen sein wird. Die Post in Nr. 113 hatte in erster Linie den Zweck, auf die nochmalige Erfüllung der Wirtschaftsbeihilfe in der letzten Septemberwoche hinzuwirken.

Carlsmische Stellenvermittlung. Mehrere Schwerkrankenbeschädigte als tüchtige Korrektoren nach Berlin, Eisen und Öbriltz gesucht. Ferner ein Schwerkrankenbeschädigter als Vorleser nach Berlin. Ein Schwerkrankenbeschädigter Seher nach Berlin, ein solcher nach Brandenburg, der vertretungsweise auch Korrekturen zu lesen hat, gesucht. Bewerbungen erbittet das Carlsmis der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Wettbewerbspreise von Buchdruckerarbeiten. Beim Preisanschreiben eines Kennwortes für das neugegründete Margarinewerk „Broma“ erhielt Kollege Willkertsen in Bremen den ersten Preis (1000 Mk.) über das Wort „Empor“. Von über mehreren hundert eingelaufenen Entwürfen zu einem Reklamematrat bekam Kollege Carl Bohmann in Bremen für ein einfaches, aber wirkungsvolles Plakat den Trostpreis (100 Mk.). Die beiden ersten Preise liefen den Inhabern zweier Bremer Zeichenateliers zu.

Fachklasse für Typographen an der ersten Handwerkerhochschule zu Berlin. Die Schüleraufnahmen finden vom 3. bis 6. Oktober von 6 bis 7 1/2 Uhr abends im Schulsaal, Lindenstraße 97-98, statt. Vorzugsweise Ueberfertigung für Buchdrucker am 6. Oktober von 6 bis 7 1/2 Uhr abends. Nähere Auskunft erteilt der Direktor.

Konkurs. Die Buchdruckerei nebst Grundstück des „Meeraner Tageblatts“, Herausgeber Wulka Lange in Meerane i. Sa., wird nach einer Zettlungsanmeldung am 3. November im Wege der Zwangsversteigerung versteigert. Die Buchdruckerei ist auf 138000 Mk. und das Grundstück auf 26400 Mk. geschätzt.

Submissionsliste. In Waldenburg i. Schl. wurde der Druck des Kreisblattes auf dem Submissionswege vergeben. Während zwei Druckereien annähernd gleichmäßig für die Zeitfolge 90 Mk., für die Tabellenfolge 105 Mk. verlangten, forderte diejenige Druckerei, in welcher das Kreisblatt bis jetzt hergestellt wurde, 40 bzw. 48 Mk. für die Seite. Bisher wurden 11 bzw. 15 Mk. und 50 Proz. Feuerungszuschlag gezahlt. Die Druckerei Bernstein in Waldenburg-Altwasser ging aber mit ihrem Angebot noch unter diese alten Säbe und verlangte 15 bzw. 20 Mk. für die Seite. Der Zuschlag erfolgte mit 40 bzw. 48 Mk. Wären sich die Unternehmer in der Preisforderung ebenso einig, wie wenn es gilt, den Gehilfen notwendige Lohnaufbesserungen zu machen, dann wäre unserm Gewerbe geholfen.

Die internationalen Pressebeziehungen. Der Beschluß der Pariser Presse, die Deutschen vom bevorstehenden Pressekongreß am 25. Oktober auszuschließen, hat in Italien keinen Widerhall gefunden. Das Direktorium des italienischen Pressevereins hielt am 28. September eine Sitzung ab, die sich mit dieser Frage beschäftigte. Auf Antrag des Präsidenten des Pressevereins, Senators Baratta, beschloß das Direktorium einstimmig, den Franzosen den Wunsch der Italiener kundzutun, daß der internationale Presseverein zum Programm vor dem Kriege zurückkehre, alle Politik ausschließe und lediglich die Berufsinteressen pflege.

Aufhebung des Verbots der „Münchener Morgenpost“. Gemäß allgemeiner Vereinbarungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Landesregierung ist nun auch das Verbot der „Münchener Morgenpost“ ab 26. September aufgehoben worden. Das Blatt wird vom 1. Oktober ab in stärkerem Umfang als bisher wieder erscheinen. Dieses von der bayerischen Regierung ohne triftigen Grund ausgesprochene Zensurverbot, das mit der Verbotung des „Kampfs“ am 19. Juni seinen Anfang nahm, hat bezüglich seiner Dauer sogar die Zensurverbot während des Krieges überschritten. Die Urkunde war hohnwütiges Eintreten gegen die Würder Garetts, wobei die Regierung heilig angegriffen wurde.

Attentat auf einen Arbeiterzettelungsbetrieb in Oberschlesien. In der Nacht vom 26. zum 27. September wurde die sozialdemokratische „Oberschlesische Volksstimme“ in Hindenburg durch ein Attentat schwer beschädigt. Das gesamte Innenmobiliar sowie die Schauspielfeinstellung wurden durch eine Explosion zum größten Teile vernichtet. Die Täter sind bis jetzt nicht ermittelt worden. Man vermutet politische Beweggründe. Das Attentat konnte verhindert werden, trotzdem ganz in der Nähe der Geschäftsstelle französische Truppen untergebracht sind.

Gewerkschaftssubstanz. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter konnte Ende September d. J. auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Die Organisation ist eine der längsten in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, ihre Gründung erfolgte im Jahre 1896 unter dem Titel „Verband der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- und Kohlenplätzen und sonstiger Arbeitsstätten“. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich der heutige Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter dank der Tätigkeit tüchtiger Steuerleute zu einer achtunggebietenden, einflußreichen

Berufsorganisation emporentwickelt. Sein Organ „Die Gewerkschaft“, unter der Redaktion unfres Kollegen Emil Alfmer lebend, nimmt eine hervorragende Stellung unter der deutschen Gewerkschaftspresse ein. Aus Anlaß des Verbandssubstanzums erschien der geistige Streiter für die Interessen der Gemeinde- und Staatsarbeiter in einer Aufmachung, die dem gediegenen Inhalte nach wie in typographischer Beziehung die Note „Vorzüglich“ verdient. Ein herrliches „Bild auf dem Verbands- und Gemeinde- und Staatsarbeiter beim Eintritt in einen neuen Zellabschnitt erproblicher Wirksamkeit für seine Mitglieder und für die allgemeine Gewerkschaftsache!“

Gewerkschaftsgegner, Innungsapostel und Betrüger er. Der Handwerkskammerpräsident und Ehrenobermeister Karl Rabardt in Berlin ist auf Berliner Weisung in Ebing verhaftet worden wegen Verdachts des Meineids und des gemeinschaftlichen Betrugs. Mit ihm sind sein Sohn, Beamte der Handwerkskammer und andre in Untersuchungshaft genommen. Es wird von Untersuchungen im Werte von weit über eine Million Mark gesprochen. In vergangene Jahre hat Rabardt für die Holzarbeiter das, was jetzt der Berliner Carlspiegler Paetz für sie ist. Rabardt kann jedoch nicht als der Schwäger und plumpe Schürfnachermichel wie Paetz angesehen werden. Bei Wilhelm dem Letzten Hand die große Innungsleuchte Rabardt in hohem Ansehen, er wurde als erste Handwerksvertreter in das Preußische Herrenhaus berufen. Nun wird der Staatsanwalt ein neues Bild von dem Herrn Ehrenobermeister zeichnen.

Die Bibel in 543 Sprachen überfetzt. Die englische Bibelgesellschaft hat die Bibel wiederum in einer Reihe neuer Uebersetzungen herausgegeben, und die Gesellschaft ist jetzt damit beschäftigt, weitere Ausgaben in 40 andern Sprachen zu publizieren, während im letzten Jahre zehn solcher neuen Uebersetzungen erschienen waren.

Wirtschaftliche Folgen der amerikanischen Einwanderungsbeschränkung. Ist das neue amerikanische Einwanderungsgesetz für deutsche Auswanderungswillige ein großes Hindernis und für Deutschland selbst nicht von Vorteil, so können die Wirkungen für viele andre Staaten, die gewisse Folgen des Krieges als Sieger spüren müssen, noch weit schlimmer werden. Das Organ des italienischen Industriellenverbandes besüchdet durch die plötzliche starke Eindämmung der italienischen Auswanderung eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, eine Verschlechterung des Wechselkurses infolge des Rückganges der gewöhnlich heimgegangenen Ersparnisse Ausgewanderter sowie eine Vergrößerung der Schwierigkeiten der Handels- und Personenschiffahrt. Japan überdet zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Auswanderung nach Südamerika. Es liefert finanzielle Beihilfen an eine Gesellschaft, die alljährlich 2000 Auswanderern je einen Kostenschuß von 100 Goldmark gewähren will, während mehrere Schiffahrtsgesellschaften die Ueberfahrt um je 100 Goldmark ermäßigen.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Abschluß eines Lohnabkommens im Schriftstellersgewerbe. Im Anschluß an die Hauptversammlung des Vereins deutscher Schriftstellers fand in Leipzig am 29. September eine Sitzung des Tarifausschusses der Schriftsteller statt, um gemäß früherer Vereinbarungen neue Zuschläge auf die bestehenden Tariflöhne festzusetzen. Von Gehilfenseite war beantragt, die bestehenden Mindestlöhne um 3 Mk. zu erhöhen und die Ortszuschläge für sämtliche Gießstädte neu zu regeln. Nach zwölfstündigen Beratungen einigte man sich auf folgende Erhöhungen:

„ für gelehrte Arbeiter um 1,20 Mk. pro Stunde.	
„ angelehrte „	17 21
„ ungelernete „ im Alter von 16 bis 17 Jahren um 30 Pf.	21 23
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	23 25
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	über 25
„ für Arbeiterinnen „ „ bis zu 15	40
„ „ „ „ „ „ von 15 bis 18	50
„ „ „ „ „ „ über 18	60

(Der Zuschlag für Arbeiterinnen verringert sich beim Eintrittslohn in jeder Altersklasse um je 10 Pf.)

Akkordarbeiter erhalten auf den festen Feuerungszuschlag eine Erhöhung um 1,20 Mk. pro Stunde. Akkordarbeiterinnen eine solche um 60 Pf. pro Stunde. Die bisherigen Ortszuschläge für Berlin erhöhen sich auf 90 Pf. pro Stunde, für Dresden, Frankfurt a. M., Offenbach und Hamburg auf 75 Pf., für Leipzig und Stuttgart auf 45 Pf.; München und Nürnberg erhalten einen Ortszuschlag von 25 Pf. Diese neuen Abmachungen treten, vorbehaltlich der Zustimmung der Parteien bis zum 7. Oktober, ab 1. Oktober rückwirkend in Kraft und gelten bis 15. November d. J.; ab 15. November erhöhen sich die bis dahin geltenden Stundenlöhne (Wochenlohn und Akkord) für alle männlichen Arbeiter um 50 Pf., für alle weiblichen um 40 Pf., und zwar mit Gültigkeit bis 31. Dezember. Außerdem wurde noch vereinbart, daß der für September gewährte Lohnausgleich am nächsten Zabtag noch einmal zur Auszahlung gelangt.

Lohnabkommen für Gehilfen, Hilfsarbeiter und Bezahlte. Alle für die Anrechnung der Löhne in Betracht kommenden Auskünfte sind enthalten in dem durch das Carlsmis der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, jetzt zur Verwendung gelangenden ochergebenen Heft. Der Preis beträgt 1 Mk. bei portofreier Zustellung. Geldsendungen: Postcheckkonto Nr. 85058, Berlin NW 7.

Berichtigung zu den neuen Lohnabkommen. Vom Carlsmis wird uns geschrieben: Auf Seite 11 der neuen Lohnabkommen sind die Löhne der männlichen Hilfsarbeiter über 24 Jahre für die Orte mit 7/8, bis einschl. 25 Prozent Lokalzuschlag (ausschließlich Berlin und Hamburg) infolge eines Rechenfehlers um je 2 Mk. zu hoch eingestellt. Es wird dies hiermit richtiggestellt. Ein entsprechend korrigiertes Beiblatt ist den Bestellern der Lohnliste bereits zugegangen.

Zur Einführung der neuen Lohnsätze. Ihre erste Rundschauausgabe in Nr. 113 hat zu einzelnen Vorstellungen Anlaß gegeben. Es kommt der Sach in Frage: „Vom Zabtag der ersten Oktoberwoche ab werden die in der vorigen Nummer veröffentlichten neuen Lohnsätze zur Auszahlung gebracht“. Wir haben hierbei den Freitag als

□ □ □ Literarisches □ □ □

„Es klinge im Sturm ein altes Lied.“ Aus der Jugendzeit der Sozialdemokratie. Von Julius Bruns seinem ältesten Kampfgesellen Hermann Müllers zuhr zum 70. Geburtstag gewidmet. Der Verfasser gibt in seiner Schilderung seine persönlichen, von warmem Blut durchpulsten Erlebnis wieder, die mit den Anfängen und dem Aufstiege der Arbeiterbewegung eng verknüpft sind. Die originellen Wählkämpfe, die Leiden wie die Freuden der Zeit des Ausnahmegeheles, die nebenanspannten Kämpfe mit Gelpspitzen und Verärrern, Gefängnisleben und Leben im Exil leben in bunten, wechselvollen Bildern am geistigen Auge vorüber. Auch das Leben und Treiben in der Geheimorganisation wird geschildert. Das Buch verleiht das lebhafteste Sympathie aller Gewerkschaftler, namentlich der Arbeiterjugend, da es ihr Kunde gibt, mit welcher Selbstverleugnung und Opferbereitschaft damals die Jugend zu kämpfen wußte. Preis 14 Mk. Durch die Organisationsbezogen, wesentlich billiger. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

□ □ □ Briefkasten □ □ □

A. B. in M.: Das sind zum großen Teil sehr starke Behauptungen, die in Unkenntnis unterer Verhältnisse der Druckerei wendigkeit am besten entkräftet werden können, der Gehilfenverteilung aber als Material überwiegen werden. — **S. W. in M.:** Es handelt sich dabei doch um eine Sperrfrage, der auch eine unbekannt Anzahl von Buchdruckern zugehen ist. Wie der „Korr.“ da als Mitteilungsbild dient, soll, ist nicht einzusehen. — **G. A. in M.:** 1. Sie sind also dort nicht voll zufrieden, beziehen aber das Ergebnis der Berliner Woche als ganz gut. 2. Sie sind der Ansicht, der „Vorwärts“ der Prinzipalteil gegen den „Korr.“, er trabe Berichtigung, ist unzutreffend, vielmehr brämte der „Korr.“, was sich auch an den Streikungen in Ihrem Verammlungsbericht gezeigt habe. Geduldig, wie wir einmal lind, nehmen wir auch diese Beweisführung ruhig hin. 3. Werden das bei passender Gelegenheit mitteilen. Es ist im allgemeinen aber umöglich, auf alles, was über die armen Buchdruckerleuten in der Presse zumangemeldet wird, von hier aus einzugehen. — **Fr. R. in S.:** 16 Mk.

□ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 28, Chammplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Sursfür, Nr. 1191.

Magdeburg. Schriftsteller, die nach hier in Stellung gehen wollen, werden ersucht, zuvor bei der Geschäftsstelle des Ortsvereins, Große Mühlstraße 3 III, über die hiesigen Verhältnisse Anfrage zu halten.

□ □ □ Adressenveränderungen □ □ □

Soldin (Neumark). Vorsitzender: Eugen Örtz, Roggenstraße 6; Kassierer: Ernst Faentke, Nischstraße 20.

□ □ □ Zur Aufnahme gemeldet □ □ □

(Eingwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
Im Gau Leipzig die Lehrer 1. Franz Brink, in Lubow in Merseburg 1901, ausget. in Merseburg (Altmarkt) 1920; 2. Ludwig

